

FAINA NOWIK

## Der Übergang zur Politik der deutschen Zweistaatlichkeit

Die Deutschlandpolitik der UdSSR bewegte sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt auf drei Ebenen: Erstens wurde die Lösung der deutschen Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages, mit dem die deutsche Einheit wieder hergestellt werden sollte, verfolgt. Zweitens unterhielt die UdSSR Beziehungen zur SBZ bzw. DDR, und drittens handelte es sich um Beziehungen zur BRD, zu der die Sowjetunion ab September 1955 diplomatische Beziehungen unterhielt. Bis dahin existierte in der dritten Europaabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR ein einheitliches Referat für Deutschland, das Materialien zu allen drei Aspekten der Deutschlandpolitik der UdSSR bearbeitete. Erst ab 1956, als die Spaltung Deutschlands vollzogen war, gab es zwei Referate: eines für die DDR und eines für die BRD.

In der historischen Retrospektive sind drei Perioden erkennbar, die Stufen auf dem Wege von den gemeinsamen Beschlüssen der vier alliierten Mächte in Potsdam über die Nachkriegsordnung in Deutschland hin zum Kurs auf die dauerhafte Spaltung des Landes darstellen:

1945-1949 von der Kapitulation des faschistischen Deutschlands bis zur Bildung der beiden deutschen Staaten, die die Spaltung des Landes juristisch fixierte;

1949-1952 von der politischen Strategie der Vereinigung Deutschlands zum Einfrieren der Positionen des Westens und des Ostens in der deutschen Frage ab Herbst 1952;

1953-1955 vom kurzen Tauwetter nach dem Tode J. Stalins im März 1953, als es objektive Voraussetzungen für eine Annäherung der Positionen des Westens und des Ostens und für reale Fortschritte zur Vereinigung Deutschlands gab, bis zur Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in die Blocksysteme und der Verfestigung der Spaltung Deutschlands für lange Zeit.

Auf die letzte dieser drei Perioden soll im folgenden besonders eingegangen werden.

Mit der Gründung der BRD und dann der DDR im Jahre 1949 wurde die Spaltung des Landes juristisch fixiert, was die Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage beträchtlich verringerte. Aber diese Möglichkeiten waren noch nicht restlos ausgeschöpft. Die Spaltung wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht für unumkehrbar gehalten. Sowohl die drei Westmächte als auch die UdSSR betrachteten beide Staaten als zeitweilige Gebilde, als Provisorium, und glaubten, die Einheit Deutschlands könnte mit einem Frie-

Faina Nowik – Prof. Dr.,  
Mitarbeiterin des Bereichs  
»Rußland in den internationalen Beziehungen« am  
Institut für Geschichte Rußlands der Russischen Akademie der Wissenschaften.

densvertrag, der einen Schlußstrich unter den vergangenen Krieg ziehen sollte, wiederhergestellt werden. Professor Filitow untersuchte diese Möglichkeiten und stellte fest, daß sich die objektiven Bedingungen in beiden Staaten zum Zeitpunkt ihrer Bildung nicht wesentlich von der Situation in den vorangegangenen zwei, drei Jahren unterschieden, die damaligen Verfassungen der beiden Staaten im großen und ganzen die Prinzipien des Potsdamer Abkommens erfüllten und es vom Standpunkt der objektiven historischen Faktoren noch keinen antagonistischen Widerspruch zwischen den beiden Deutschlands gab.<sup>1</sup>

1 Filitow, A. M.: Die deutsche Frage: von der Spaltung zur Vereinigung. Neue Lesart, Moskau 1993, S. 111, 112 (russ.).

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten gewann ein neuer Faktor immer stärkeren Einfluß auf die deutsche Frage: die politischen Strategien der Regierungen der BRD und der DDR und ihre konkreten praktischen Schritte auf diesem Gebiet. Obwohl beide deutsche Staaten in der ersten Periode ihrer Existenz in ihrer Außenpolitik, darunter auch in der deutschen Frage, nicht selbständig waren, koordinierten sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion mit der BRD bzw. der DDR ihre politische Linie zu Fragen der Vereinigung des Landes. Die Politik der beiden deutschen Regierungen wurde durch ihre konsequente gegenseitige Nichtanerkennung und einen Abgrenzungskurs sowie durch das offene Streben bestimmt, den Westen bzw. die UdSSR für ein solches Vorgehen zu gewinnen.

Der Konfrontationskurs beider deutscher Regierungen nahm in dem Maße immer klarere Konturen an, wie sie größere Handlungsfreiheit auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik erhielten. Das komplizierte die Suche der Westmächte und der UdSSR nach einer Lösung der deutschen Frage. Selbst halbherzige Versuche des Westens oder des Ostens, irgendwelche Initiativen in der deutschen Frage zu ergreifen, stießen auf die Ablehnung der Gegenseite, und der Kalte Krieg in den innerdeutschen Beziehungen trug zu noch größerer Abgrenzung und Spaltung bei.

In dieser Periode wurde eine Reihe positiver Möglichkeiten für die Lösung der deutschen Frage vertan ...

Anfang 1953 gingen alle Seiten an die deutsche Frage von verkrusteten Positionen aus heran und forcierten die Konfrontation der beiden deutschen Staaten, von denen der eine an der Schwelle zur Remilitarisierung stand und der andere den Kurs auf den Aufbau des Sozialismus verkündet hatte.

Das Jahr 1953 war ein sehr wichtiger Meilenstein in der Politik der Sowjetunion in bezug auf die beiden deutschen Staaten, insbesondere gegenüber der DDR: Es erfolgte eine zweimalige Überprüfung des sowjetischen Herangehens an die Lösung der deutschen Frage. Davon zeugen zahlreiche Dokumente des Archivs der Außenpolitik der Russischen Föderation (AWP RF). Die neue sowjetische Führung, die nach Stalins Tod an die Macht gekommen war, mußte sich mit der Überarbeitung der außenpolitischen Strategie der UdSSR befassen, um unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu versuchen, die internationale Spannung wenigstens zu verringern und die festesten Knoten in den Widersprüchen zum Westen aufzulösen. Ein solcher Knoten war die deutsche Frage. Initiator der Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik war der

neue sowjetische Führer der KPdSU, N. Chruschtschow, mit dessen Namen das Tauwetter nach Stalins Tod verbunden wird.

Das Studium der Materialien des AWP RF zeigt, daß sofort nach Stalins Tod im März 1953 und der Berufung W. Molotows zum Außenminister der UdSSR – noch vor den Ereignissen des 17. Juni – ein Umdenken in der deutsche Frage begann: Es wurde der Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR eingeschätzt und nach Wegen zu ihrer Weiterentwicklung gesucht. Bereits im April und Mai wurden Molotow auf seine Anforderung hin einige Berichte und Auskünfte vorgelegt. Mit der Neueinschätzung der Deutschlandpolitik der UdSSR befaßten sich dieselben Personen, die auch früher, zu Stalins Lebzeiten, die konzeptionellen Grundlagen dieser Politik ausgearbeitet hatten. Welche neuen Gedanken konnten sie dem neuen und alten Chef des Außenpolitischen Amtes vorlegen?

Die Sowjetregierung hatte bereits 1952, gestützt auf das Potsdamer Abkommen, vorgeschlagen, in nächster Zeit einen abgestimmten Entwurf eines Friedensvertrages unter direkter Teilnahme der Deutschen in Gestalt einer gesamtdeutschen Regierung auszuarbeiten und diesen Entwurf einer entsprechenden internationalen Konferenz mit Beteiligung aller interessierten Staaten vorzulegen.

Die Sowjetunion und die Westmächte schlugen unterschiedliche Schemata für den Weg zur Vereinigung des Landes vor. Die sowjetische Seite sah folgende Schritte vor: Bildung einer (provisorischen) gesamtdeutschen Regierung – Ausarbeitung eines Friedensvertrages – Vereinigung Deutschlands – freie demokratische Wahlen – Bildung einer ständigen gesamtdeutschen Regierung. Die westliche Seite bestand kategorisch auf einer anderen Abfolge: Freie Wahlen – Bildung einer gesamtdeutschen Regierung – Ausarbeitung eines Friedensvertrages – Vereinigung Deutschlands. Dabei bestand der Westen darauf, daß zunächst eine internationale Kommission gebildet werde, die in beiden Teilen Deutschlands die Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen prüfen und ihre Schlußfolgerungen und Empfehlungen den Regierungen der vier Mächte vorlegen sollte. Die Sowjetunion war mit einer solchen Prüfung nur durch eine, von den Deutschen selbst gebildeten, Kommission einverstanden.

Die sowjetische Position ging aus von einer Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Neutralität und Nichtbeteiligung an irgendwelchen Koalitionen oder Militärbündnissen, die gegen ein beliebiges Land gerichtet wären, das am Krieg gegen Deutschland beteiligt gewesen war. Dabei sollte Deutschland für die Landesverteidigung erforderliche nationale Streitkräfte haben, die ausländischen Truppen sollten in einer bestimmten Frist das Land verlassen. Die offiziellen Vertreter der Westmächte unterstrichen ständig, daß sie mit einer Vereinigung des Landes nur unter der Bedingung einverstanden seien, wenn die in der BRD bestehende Ordnung in der DDR eingeführt werde und das vereinigte Deutschland dem westlichen Militärbündnis beitrete. Unterstrichen sei, daß in den Begriff »demokratisches Deutschland« in West und Ost ein Sinn hineingelegt wurde, der damals schwerlich auf einen Nenner zu bringen war.

Die Verfasser der Dokumente des sowjetischen Außenministeriums begründeten 1953 die Notwendigkeit neuer Vorschläge zur deutschen Frage und arbeiteten einen Plan für weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet aus, die berücksichtigen sollten, »daß es seit September vorigen Jahres eine Reihe von Ereignissen gab, die Deutschland betreffen (Ratifizierung des Bonner und des Pariser ›Abkommens‹, verstärkte Militarisierung Westdeutschlands, Verhandlungen der USA-Regierung mit der Bonner Regierung u.a.)« und die von der Notwendigkeit ausgehen sollten, »daß die UdSSR die Initiative in der deutschen Frage behält«.<sup>2</sup>

2 AWP RF, Fonds 082,  
Verz. 41, Mappe 271, Akte  
19, Bl. 8.

Der Plan wurde in drei Richtungen ausgearbeitet: eine an alle interessierten Seiten – Westmächte, BRD und DDR – gerichtete neue Initiative zur Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung; Kampf um die Festigung der inneren und äußeren Positionen der DDR; Schritte, die auf eine Vereitelung oder wenigstens eine Verzögerung der Pläne zur Militarisierung der BRD im Rahmen der EVG gerichtet waren.

Die Experten des Außenministeriums waren der Meinung, daß es den drei Westmächten schwerfallen werde, gegen die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung zu sein, wenn die Regierungen der DDR und der BRD parallel weiterbeständen und dieser Regierung als Hauptaufgabe die Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen auferlegt würde. Sollte der Westen davon sprechen, dieser sowjetische Vorschlag wiederhole den Vorschlag der Prager Außenministerkonferenz von acht Ländern im Oktober 1950 über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, so »kann man diese Einwände mit dem Hinweis darauf zurückweisen, daß der Konstituierende Rat zur Ausarbeitung von Vorschlägen an die vier Mächte über die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung vorgesehen ist, ohne daß er irgendwelche Verwaltungsfunktionen erhält«.<sup>3</sup> Im Falle von Einwänden der drei Westmächte gegen die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung durch die Parlamente der DDR und der BRD sollte die sowjetische Seite vorschlagen, einen Volksentscheid unter der Bevölkerung Gesamtdeutschlands zu dieser Frage durchzuführen. Außerdem ging das Außenministerium von der Notwendigkeit aus, daß die Beziehung der UdSSR zur DDR verändert und deren Machtorganen größere Selbständigkeit gewährt werden müßte.

3 Ebenda, Bl. 10.

Die Abschaffung der Kontrolle durch die sowjetischen Militärbehörden über die Machtorgane der DDR würde dem gesamten deutschen Volk zeigen, daß die Sowjetregierung konsequent und entschieden den Weg gehe, dem deutschen Volk Unabhängigkeit und souveräne Rechte zu gewähren, und, wie der ehemalige politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonow bemerkte, erneut »den prinzipiellen Unterschied unserer Politik zu der der drei Mächte, die Westdeutschland die knechtenden Bonner und Pariser ›Abkommen‹ aufzwingt«, demonstrieren.<sup>4</sup>

4 Ebenda, Bl. 36.

Um die inneren und äußeren Positionen der DDR zu festigen, die Autorität ihrer Regierung zu heben und den Kampf der DDR für die Einheit Deutschlands und für einen Friedensvertrag zu aktivieren, wurde ein ganzer Komplex von Maßnahmen vorgeschlagen.

Es bestand die Absicht, eine Regierungsdelegation der DDR zum ersten offiziellen Besuch seit dem Bestehen des Landes nach Moskau einzuladen. Zwei bis drei Wochen nach den Beratungen mit einer Delegation der DDR und der Veröffentlichung der Deklaration sollte eine Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte gerichtet werden. In ihr sollte die sowjetische Position bezüglich der Notwendigkeit eines baldestmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bekräftigt, die Ratifizierung des Bonner und des Pariser Vertrages verurteilt und der Vorschlag zur unverzüglichen Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung gemacht werden.<sup>5</sup>

Die Note an die Westmächte war als wichtigste Maßnahme in den drei Richtungen der Aktivierung der sowjetischen Politik in der deutschen Frage geplant. Dabei meinten die Analytiker des Außenministeriums, daß der Westen auf die sowjetischen Vorschläge nichts zu antworten hätte und daß er die Einberufung einer vierseitigen Beratung zur Erörterung der deutschen Frage fürchte.

Außerdem hegte die sowjetische Diplomatie die Hoffnung, daß es gelingen werde, auf die Position des Westens gegenüber der Remilitarisierung der BRD Einfluß zu nehmen. Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurden Widersprüche und Reibungen sowohl in den Beziehungen der drei Westmächte zueinander als auch in ihren Beziehungen zur BRD sorgfältig beobachtet. Registriert wurden die ursprünglich ausweichende Haltung Englands gegenüber einer Beteiligung an der EVG; die Befürchtungen Frankreichs im Zusammenhang mit der Wiedergeburt der westdeutschen militaristischen Kräfte und die Verzögerung der Ratifizierung des Bonner und des Pariser Vertrages durch das französische Parlament; der verstärkte Druck der USA auf Frankreich, um die Ratifizierung zu erreichen, und die direkte Drohung der USA, ein Militärbündnis mit Westdeutschland zu schließen, falls Frankreich die Ratifizierung dieser Verträge verzögere; die zunehmende westdeutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten zum Nachteil Englands und Frankreichs; die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und der BRD in der Frage des Saargebiets usw.

Das Außenministerium der UdSSR verfolgte sehr aufmerksam die Ereignisse in der BRD und verurteilte entschieden die Politik der Remilitarisierung des Landes, den Abschluß des Bonner und des Pariser Vertrages und deren Ratifizierung durch den Bundestag.

Die Autorin hat im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation keine Materialien gefunden, die davon zeugen würden, daß Moskau irgendwelche realen Möglichkeiten einer ernsthaften Einflußnahme auf den Remilitarisierungsprozeß der BRD gehabt hätte. Der sowjetischen Führung blieb nichts weiter übrig, als Frankreich in der Hoffnung zu unterstützen, das Parlament dieses Landes werde den Vertrag über die Gründung der EVG nicht ratifizieren, und die Politik der Westmächte und Bonns zu verurteilen, die auf die Wiederbewaffnung der BRD und ihre Einbeziehung in das westliche Militärbündnis gerichtet war, was die Vereinigung Deutschlands zu den Bedingungen unmöglich machte, die für die Sowjetunion annehmbar gewesen wären. Es springt ins Auge, daß sogar in den internen Ausarbeitungen des Außenministeriums, die

5 Ebenda, Bl. 18, 19.

nicht für propagandistische Zwecke vorgesehen waren, das Heran-gehen an die Außenpolitik der UdSSR und des Westens äußerst ideologisiert war und mit zweierlei Maß gearbeitet wurde. Die Ge-währung größerer Selbständigkeit für die DDR in äußeren und in-neren Angelegenheiten wurde positiv bewertet, ähnliche Schritte des Westens gegenüber der BRD (Reisen Konrad Adenauers in die USA, nach England und Frankreich, Zugeständnisse der West-mächte an die Bonner Regierung auf dem Gebiet des Außenhan-dels, Einbeziehung der BRD in verschiedene internationale Orga-nisationen u.a.) als »darauf gerichtet«, »den Anschein der ›Selb-ständigkeit‹ der Bonner Regierung zu schaffen«.<sup>6</sup>

6 Ebenda, Bl. 4/5.

Die sowjetische Führung ging bald daran, die vorgesehenen Maßnahmen in der deutschen Frage zu realisieren. Im Mai 1953 wurde der Entwurf einer Note an die Regierung der USA zur deut-schen Frage<sup>7</sup> ausgearbeitet, die allerdings wegen der Ereignisse in der DDR im Juni 1953 für einige Monate in der Schublade ver-schwand.

7 Ebenda, Akte 18, Bl. 60-79; Akte 19, Bl. 39-49.

Was die Maßnahmen in bezug auf die DDR betrifft, so wurden noch vor den Ereignissen des 17. Juni einige konkrete Schritte auf ökonomischem und politischem Gebiet unternommen.<sup>8</sup>

8 Nachdem die DDR-Re-gierung darum gebeten hat-te, ihr wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, beschloß die Sowjetregierung im April 1953, die Lieferung von Kombines, aber auch eini-ger Arten von Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Industrie in die DDR zu er-höhen und jene deutschen Reparationslieferungen von Ausrüstungen herabzuset-zen, die für die Entwicklung der Wirtschaft der DDR notwendig waren. Sie be-schloß, die Warenlieferun-gen und Geldzahlungen der DDR aus den Verbindlich-keiten gegenüber der So-wjetunion um die Gesamt-summe von 580 Millionen Mark zu kürzen, und verlän-gerte die Zahlungsfrist für die restliche Summe. Ebenda, Fonds 06, Verz. 12a, Mappe 52, Akte 314, Bl. 1.

Am 26. Mai 1953 beschloß der Ministerrat der UdSSR, die Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland aufzulösen, die Funktionen zwischen Militär- und Zivilbehörden in Deutschland aufzuteilen und den Posten eines Hohen Kommissars in Deutsch-land einzuführen, der der ranghöchste sowjetische Vertreter in Deutschland wurde. Bald darauf wurde W. Semjonow in dieses Amt berufen. Am 28. Mai besuchte W. Molotow den DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, der sich zu dieser Zeit im Sanatorium »Barwicha« bei Moskau zur Kur aufhielt, und informierte ihn über den Beschluß der Sowjetregierung. Die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotow und Pieck zeugt davon, daß Pieck diese Maßnahme als sehr wichtigen politischen Beschluß wertete, der großen Widerhall in Deutschland finden und positive Ergebnisse bringen werde.<sup>9</sup>

Die angeführten Dokumente bestätigen u.E. die These, daß in der Zeit nach J. Stalins Tod bis zum 17. Juni vom Außenministerium ernsthafte Arbeit zur Revision des von den Vorgängern hinterlasse-nen Erbes in der deutschen Frage und in Beziehungen zur DDR ge-leistet wurde, was sich dann als sehr nützlich für das operative Rea-gieren auf die Ereignisse des 17. Juni und für eine langfristige Stra-tegie der UdSSR nach diesen Ereignissen erweisen sollte. In diesen drei Monaten wurde eine gewisse Wende der sowjetischen Politik in der deutschen Frage vollzog, und es begann jenes Tauwetter, das durch die Juni-Ereignisse in der DDR schroff unterbrochen wurde.

9 Ebenda, Fonds 082, Verz. 41, Mappe 269, Akte 4, Bl. 1.

In internen sowjetischen Einschätzungen wurden die Juni-Ereig-nisse von 1953 als die Folge falscher Politik der DDR-Führung ein-geschätzt, die es nicht vermochte, den Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR zu verwirklichen und eine In-nenpolitik im Interesse breiter Bevölkerungsschichten ihres Landes zu betreiben.<sup>10</sup>

10 Ebenda, Fonds 06, Verz. 12a, Mappe 52, Akte 305, Bl. 13/14.

Aufmerksamkeit erregt die scharfe Kritik an Fehlern und Ver-säumnissen der DDR-Führung bei der Ausarbeitung und Realisie-rung des politischen und ökonomischen Kurses des Landes, die



Kritik an der Unterschätzung des Ernstes der Ereignisse, die am 16. Juni in Berlin ihren Anfang genommen hatten, an der Verwirrung und Untätigkeit der SED-Führung und der DDR-Regierung auf dem Höhepunkt der Ereignisse am 17./18. Juni, die scharfe persönliche Kritik an Walter Ulbricht.<sup>11</sup>

Wie die Dokumente des AWP RF bezeugen, waren die sowjetischen vertraulichen Vorschläge zur Erneuerung der DDR-Regierung und der SED-Führung weitaus radikaler als die nachfolgenden realen Handlungen. Es bleibt ein Rätsel, warum nach dem ernsthaft begründeten Vorschlag Sokolowskis, Semjonows und Judins, Ulbricht von seiner Funktion als Stellvertretender Ministerpräsident der DDR abzulösen, er trotzdem sowohl in der Regierung als auch vor allem an der Spitze der SED verblieb.

Die Ereignisse des 17. Juni bewirkten wesentliche Korrekturen am sowjetischen Kurs zur Aktivierung der Schritte hin zur Einheit Deutschlands auf demokratischer, friedlicher und neutraler Grundlage. Gerade nach diesen Ereignissen begann allmählich eine Wende der sowjetischen Politik hin zur deutschen Zweistaatlichkeit. Der Erhöhung des Ansehens der DDR sollten die Einladung der ersten Regierungsdelegation der DDR unter Teilnahme von Vertretern aller Parteien des Regierungsblocks nach Moskau vom 20. bis 25. August 1953 sowie eine breite Behandlung der Ergebnisse der Moskauer Gespräche in der Presse dienen.

Die Note der Sowjetunion an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur deutschen Frage vom 15. August 1953 übertrug den Westmächten die Verantwortung für die Sackgasse bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Vereinigung des Landes. Moskau beschwerte sich mit Recht darüber, daß der Westen zum bereits am 10. März 1952 vorgeschlagenen sowjetischen Entwurf über die Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland sich nicht geäußert habe, und legte diesen Entwurf der Note nochmals bei. Die Sowjetregierung schlug vor, innerhalb von sechs Monaten eine Friedenskonferenz zwecks Prüfung eines Friedensvertrags mit Deutschland einzuberufen. Der zweite Vorschlag betraf die Realisierung der bereits erwähnten Idee, eine Provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden (mit verschiedenen Varianten für ihre Bildung und ihre Funktionen), deren wichtigste Aufgabe die Vorbereitung und Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen sein sollte. In der sowjetischen Note vom 15. August 1953 erregen die harten Formulierungen Aufmerksamkeit, die Einbeziehung Westdeutschlands in die »Europa-Armee« und in den Nordatlantikblock bedeute, »daß Westdeutschland bereits nicht mehr als friedliebender Staat angesehen werde« und »es unmöglich macht, West- und Ostdeutschland zu vereinigen«.

Nach den Ereignissen im Juni 1953 in der DDR verstärkte sich bei den herrschenden Kreisen und in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder merklich das Mißtrauen gegenüber der Deutschlandpolitik der Sowjetregierung und die Einsicht, daß eine stärkere Unterstützung der DDR durch die UdSSR eine Zunahme der Tendenz zur dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit bedeutete. Die Sowjetunion zeigte sich entschlossen, die Versuche, die gesell-

11 Ebenda, Fonds 082, Verz. 41, Mappe 280, Akte 93, Bl. 63-68.

schaftliche Ordnung in der DDR zu verändern, entschieden, auch mit gewaltsamen militärischen Mitteln zu unterbinden. Das nutzte der Westen aus, um die Notwendigkeit der weiteren militärischen Konsolidierung der westlichen Länder und die Zunahme ihrer militärischen Stärke zur Gewährleistung der Sicherheit zu begründen. Auch die Maßnahmen, Westdeutschland in diesen Prozeß einzubeziehen, wurden intensiviert. Die Parlamentswahlen in der BRD im September 1953, die auf einer Woge dieser Tendenzen vor sich gingen, stärkten die Positionen des herrschenden Blocks von CDU/CSU und des Kanzlers Konrad Adenauer beträchtlich. Das schuf neue Schwierigkeiten für die Lösung der deutschen Frage.

Zugleich wollten die herrschenden Kreise des Westens den Eindruck vermeiden, sie seien die Initiatoren der Absage an die Idee der deutschen Friedensregelung und der Vereinigung Deutschlands. Da die Sowjetunion nach den Juni-Ereignissen von Sorgen um die Normalisierung der Lage in der DDR in Anspruch genommen war und nicht an die Erneuerung ihres damals vom Westen ignorierten Vorschlags von 1952 über die Einberufung einer Beratung der vier Mächte dachte, erörterten die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf ihrer Konferenz vom 10. bis 14. Juli 1953 in Washington ausführlich ihre Positionen und mögliche Schritte in der deutschen Frage und stimmten den Text einer Note ab, die sie am 15. Juli 1953 an die UdSSR-Regierung sandten. Sie enthielt die Einladung an die Sowjetregierung, an einer Beratung der Außenminister der vier Mächte Ende September 1953 teilzunehmen.

Es begann ein lebhafter Notenwechsel zwischen der UdSSR und den drei Westmächten. Im Ergebnis wurden der »Deutschen Frage und den Aufgaben zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit« volle zehn Sitzungen der Berliner Konferenz, die vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 stattfand, gewidmet; außerdem wurde auf fünf weiteren Sitzungen ebenfalls auf die deutsche Frage eingegangen. Sie wurde insgesamt auf 15 von 27 Sitzungen behandelt und stand damit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Außenminister der vier Mächte.

Die englische Delegation legte den »Plan zur freien Wiedervereinigung Deutschlands«<sup>12</sup> vor, der später als »Eden-Plan« in die Geschichte einging. Der Plan enthielt folgende fünf Stadien: freie Wahlen in ganz Deutschland; Einberufung einer Nationalversammlung im Ergebnis dieser Wahlen; Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs und Vorbereitung von Verhandlungen über einen Friedensvertrag; Verabschiedung der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die die Verantwortung für den Abschluß eines Friedensvertrages trägt; Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages. Dieser Plan war im Grunde eine gemeinsame Initiative der drei Westmächte.

Molotow wies den Plan Anthony Edens als völlig unannehmbar zurück und unterbreitete der Konferenz eigene Vorschläge zur deutschen Frage, wobei er die Lösung dieser Frage mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa verknüpfte. Zuerst wurde der »Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland« vorgelegt. Dieses Dokument wiederholte fast voll-

12 Die Berliner Beratung der Außenminister der vier Mächte – der UdSSR, Großbritanniens, der USA und Frankreichs (25. Januar-18. Februar 1954). Dokumente und Protokolle, Moskau 1954, S. 53-56, (russ.).



ständig den früheren sowjetischen Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages, der bereits 1952 vorgelegt worden war und erneut 1953 und nur drei geringfügige Ergänzungen enthielt. Gleichzeitig wurde der knappe, insgesamt nur vier Punkte enthaltende sowjetische Vorschlag »Über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Einberufung einer Friedenskonferenz zum deutschen Friedensvertrag« unterbreitet. Später legte Molotow noch einen Vorschlag vor – den Entwurf des Dokuments »Über die Bildung einer Provisorischen gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen«. <sup>13</sup> Die Erklärung des sowjetischen Ministers über die Unannehmbarkeit des Eden-Plans und seine Vorschläge riefen unverhohlene Wut und negative Reaktionen bei den westlichen Konferenzteilnehmern hervor.

13 Ebenda, S. 89-92, 130/131.

Die Erörterung der westlichen und der sowjetischen Vorschläge zur deutschen Frage im Verlauf der Diskussion auf der Berliner Konferenz brachte bedeutende Differenzen in den Positionen an den Tag, die nicht überwunden werden konnten. Die Schlußfolgerung, die Molotow im Ergebnis der Diskussion zog, war klar und eindeutig: »Wenn das Pariser Abkommen über die Bildung einer Europa-Armee für 50 Jahre in Kraft bleibt, heißt das, daß ein Friedensvertrag unmöglich ist ... Daher muß entweder eine Lossage vom Pariser und Bonner Abkommen erfolgen, und dann beschleunigen wir den Abschluß eines Friedensvertrages, oder ihre Haltung zum Pariser und Bonner Abkommen bedeutet eine Vereitelung des Friedensvertrages, die Unmöglichkeit, Deutschland zu vereinigen«. <sup>14</sup>

14 AWP RF, Fonds 6, Verz.13g, Mappe 63, Akte 12, Bl. 209

Der Vergleich der Positionen der Regierungen der vier Länder führt zu der Schlußfolgerung, daß die Abneigung des Westens, auf die Pläne zur Einbeziehung der BRD in die EVG zu verzichten, einerseits und die Nichtakzeptanz dieser Position durch die Sowjetunion andererseits der Stein des Anstoßes und ein unüberwindliches Hindernis war, um auf der Berliner Konferenz irgendwelche positiven Vereinbarungen in der deutschen Frage zu erzielen.

Die deutsche Frage geriet in eine Sackgasse. Die alten Vorschläge der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland mit der zweifelhaften Idee, eine Provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden und die Besatzungstruppen aus Deutschland noch vor gesamtdeutschen Wahlen abzuziehen, waren für den Westen ebenso unannehmbar wie der Eden-Plan und die Einbeziehung der BRD in die EVG und die NATO für die UdSSR. Moskau konnte die Existenz der DDR nicht opfern, und der Westen konnte sich nicht mit der Bildung eines neutralen und nichtpaktgebundenen Deutschlands einverstanden erklären. Das bedeutete im Grunde genommen nicht nur das Einfrieren der deutschen Frage, sondern auch den Kurs auf die Verfestigung der Zweistaatlichkeit in Deutschland.

Als trotz des Widerstands Moskaus die westlichen Pläne zur Einbeziehung der BRD in die NATO im Frühjahr 1955 verwirklicht wurden, blieb der sowjetischen Führung keine andere Wahl, als sich den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Einerseits wurden rasch Maßnahmen zur Konsolidierung der Länder Osteuropas getroffen. Am 14. Mai 1955 wurde der Warschauer Vertrag unterzeichnet: Sechs Jahre nach der Gründung der NATO wurde ein militärpolitisches Bündnis von sieben osteu-

ropäischen Staaten geschlossen und damit der Prozeß zur Bildung zweier entgegengesetzter Blöcke in Europa zu Ende geführt. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien auf sowjetische Initiative hin im Mai 1955 nahm den beiderseitigen Beziehungen die gefährliche Spannung, die vom Westen für eine Abgrenzung der osteuropäischen Länder hätte ausgenutzt werden können. Andererseits versuchte die Moskauer Führung, dem Westen zu zeigen, daß die Sowjetunion bereit sei, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen in Europa in Gang zu setzen. Im Mai 1955 wurde der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet, der seine Unabhängigkeit wiederherstellte und die ständige Neutralität des Landes festschrieb, im Herbst 1955 wurden die Besatzungstruppen der vier Mächte aus Österreich abgezogen.

Der Vertrag mit Österreich hatte merklichen Einfluß auf den Stimmungswandel in der westdeutschen Öffentlichkeit zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Laut Meinungsumfragen in der BRD sprachen sich im Sommer 1955 90 Prozent der Befragten für Verhandlungen mit der UdSSR aus. Am 7. Juni 1955 schickte die Sowjetregierung der BRD-Regierung eine Note mit dem Vorschlag, diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD aufzunehmen.

Sehr klar und undiplomatisch stellte N. Chruschtschow die sowjetische Sicht auf die Perspektive der Vereinigung Deutschlands am 10. September 1955 klar, dem zweiten Tag der Verhandlungen mit Konrad Adenauer über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Moskau: »Jetzt wird die Wiedervereinigung Deutschlands so interpretiert, daß das wiedervereinigte Deutschland der NATO beitreten soll. Aber die NATO wurde gegen die Sowjetunion geschaffen ... Wir wären dumm, wenn wir dazu beitragen würden, daß ganz Deutschland der NATO beitrifft und damit größere Streitkräfte gegen uns gerichtet werden würden«.<sup>15</sup>

Zum Schluß sei noch ein Dokument zitiert, das die Ende 1955 herausgebildete sowjetische Politik der Zweistaatlichkeit in der deutschen Frage unterstrich. Es handelt sich um den vom Kollegium des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Dezember 1955 sanktionierten Entwurf von Instruktionen für den Botschafter der UdSSR in der BRD für die erste Periode der Botschaftstätigkeit. Darin wurde betont, »daß die Umsetzung der Pariser Abkommen Hindernisse auf dem Wege zur Regelung der deutschen Frage schafft und daß die Sowjetunion eine solche Lösung der deutschen Frage nicht fördern kann, die den gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichteten Nordatlantikblock stärken würde«. Andererseits wurde empfohlen, davon auszugehen, daß »ohne Einvernehmen zwischen den Deutschen selbst (BRD und DDR) keine praktischen Ergebnisse bei der Lösung der deutschen Frage erzielt werden können«.<sup>16</sup>

(AUS DEM RUSSISCHEN VON ERIKA SEGENDORF)

15 AWP RF, Fonds 06, Verz. 14, Mappe 14, Akte 206, Bl. 33.

16 Ebenda, Akte 201, Bl. 17/18.